

Öffentliche Niederschrift über die Sitzung des Ortschaftsrates Preußnitz vom 29.01.2018

Sitzungsdatum: Montag, den 29.01.2018
Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr
Sitzungsort: Schulungsraum der FFW Preußnitz, Gutshof 4,
06406 Bernburg (Saale)/OT Preußnitz

Anwesend:

Mitglieder

Herr Gerd Kammholz
Frau Christine Brauns
Herr Klaus Meier
Frau Grit Mittelstraß
Herr Erhard Müller
Herr Jan Rullert

Protokollführer

Frau Rosemarie Grap

von der Verwaltung

Frau Dr. Silvia Ristow

Nicht anwesend/ Entschuldigt:

Mitglieder

Herr Mirko Bader
Herr Axel Költsch

Öffentlicher Teil

Zur Geschäftsordnung

Herr Kammholz eröffnet die Sitzung um 19:00 Uhr und begrüßt die anwesenden Ratsmitglieder, Einwohner von Leau sowie Frau Dr. Ristow und Frau Grap von der Stadtverwaltung Bernburg (Saale).

a) Bestätigung der Einladung und Feststellung der Beschlussfähigkeit gem. §§ 53, 55 KVG LSA

Die Einladung erfolgte gem. §§ 53 und 55 KVG LSA ordnungsgemäß. Der Ortschaftsratsrat Preußnitz ist mit 6 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern beschlussfähig.

b) Einwände gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 13.11.2017

Es gibt keine Einwände gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ortschaftsrates Preußnitz vom 13.11.2017. Sie wird mit 5 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme bestätigt.

c) Feststellung der öffentlichen Tagesordnung gem. der Geschäftsordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungs- oder Ergänzungswünsche einstimmig bestätigt.

Zur öffentlichen Tagesordnung

1. Einwohnerfragestunde gem. § 28 Abs. 2 KVG LSA

Herr Kammholz bittet **Herrn Rossa** seine Frage zu stellen.

- **Herr Rossa** fragt nach, was mit den Arbeiten am Mahnmahl Friedhof ist. Ob das jetzt Winterpause sei. Herr Kammholz bejaht das. Man höre, dass es Schotterrasen werden soll; eine richtige Form könne man aber nicht erkennen, sagt Herr Rossa.
- Des Weiteren fragt er, was mit den Baumaßnahmen in Leau sei. Im letzten Jahr hieß es, sie werden weitergeführt, in der MZ standen sie nicht mit drinnen. Es hätte sich aber vor der Sitzung herausgestellt, dass das nicht richtig ist, sondern die Maßnahmen doch geplant sind.
- Dann teilt er noch mit, stünde dort, wo der Wasserzweckverband (WZV) die Löschwasserleitung gelegt hat (am Schild wo Friedhofstraße steht), der Hydrant und der Absteller 3 cm zu hoch. Das Resultat sei, sie hätten die Ecke der Straße einfach höher gepflastert. Das könne so nicht bleiben und er hätte es dem WZV schon gesagt.

Frau Mittelstraß entgegnet bezüglich der Fertigstellung der Arbeiten am Mahnmahl, dass diese nach 3 Tagen abgebrochen wurden, obwohl weder im Dezember noch im Januar Winter gewesen sei. Das läge in der Hand der Baufirma, so Herr Kammholz. Frau Mittelstraß würde die Stadt als Auftraggeber bitten, dort mal zu schauen, weil evtl. zusätzliche Kosten entstehen könnten z. B. weil 2-mal die Baustelle eingerichtet werden muss etc. Das wird von Herrn Kammholz verneint und er weist darauf hin, dass der Betriebshof/Grünflächenamt das beobachtet, da Herr Kaiser öfters vor Ort ist.

Wegen dem Hydranten wird Herr Kammholz mit Herrn Weschke vom Tiefbauamt sprechen, um zu klären, was gemacht werden kann.

Die Baumaßnahme Leau sei zurzeit im Haushaltsplan enthalten. Man würde sehen, inwieweit das dann zum Tragen kommt. Es müsse ja vorher dann wieder eine Einwohnerversammlung festgelegt werden, wann diese stattfindet. Frau Dr. Ristow könne vielleicht etwas dazu sagen unter dem Punkt Haushalt.

- **Frau Hahne** hat etwas zum Friedhof zu sagen. Sie wünscht sich, dass nach Fertigstellung des Denkmals geprüft würde, dass es dort auch sauber ist.
- Zum Schuttablageplatz Ortsausgang Leau: Frau Hahne hätte Herrn Kammholz hierzu schon einmal angesprochen und die Information bekommen, dass diese Fläche verpachtet sei und der Herr lädt dort seinen Schutt ab. Damit könne sie sich nicht einverstanden erklären.
Der Schutt würde schon fast an der Straße liegen und sie denkt, dass nun auch andere Leute dort etwas abladen.

Hierzu wird Herr Kammholz nochmals mit dem Herrn sprechen, damit es in Leau, wenn man rein kommt, anständig aussieht.

- Von **Herrn Friese** wird nachgefragt, weil er seit dem Bau des Spielplatzes bereits mehrere Steineinschläge in einer Fensterscheibe habe, wer dafür aufkommt.

Das würde so sein nach dem Prinzip "Eltern haften für ihre Kinder", vermutet Herr Rullert. Die Stadt habe eine Spielplatzordnung, so Frau Dr. Ristow.

Herr Kammholz wird das in der Stadtverwaltung bei Frau Tell, Amt für Kinder- und Jugendförderung, ansprechen. Grundsätzlich müsse man die Kinder ansprechen, das zu unterlassen, sagt Frau Dr. Ristow.

- **Herr Rossa** verweist auf die Ecke vorn bei Dieter Fischer; das sei kein Regenwasser, was dort herunterläuft, das sei Schichtenwasser aus der Wand. Ob dort etwas geplant sei, möchte er wissen.

Dies sei dann geplant, wenn die Tiefbaumaßnahmen in Leau durchgeführt werden und die Straße/der Fußweg entwässert werden sollen. Es solle eine Leitung gelegt werden, dass das Wasser in einen anderen Graben hineinläuft. Die Rohrleitung, die hinter geht zu dem Graben Richtung Obst, sei vollkommen frei. Dort seien auch die beiden Straßenentwässerungen; dort laufe alles ordentlich ab.

- Ob die Kosten dann auf die Anwohner verteilt werden, möchte **Herr Rossa** wissen.

Darüber kann Herr Kammholz keine Auskunft geben. Erst wenn die Anwohnerversammlung in Leau zu dieser Tiefbaumaßnahme durchgeführt wird. Dann würde man sehen, was dabei herauskommt.

Dann sei es zu spät, merkt Frau Mittelstraß an. Wenn die Einwohner eingeladen werden und ein fertiges Programm vorläge, sei es ihrer Ansicht nach zu spät, Fördermittel zu beantragen. Denn diese müssten im Vorfeld beantragt werden, bittet sie Frau Dr. Ristow um Bestätigung. Sie müssen vorher beantragt werden, bestätigt Frau Dr. Ristow.

Dass es darauf hinauslaufe, lenkt Herr Meyer ein. Wenn man das alleine baue, seien die Kosten bei der Stadt bzw. würden der Gemeinde zugeordnet. Er sagt, dass es im Rahmen des Vernässungsprogrammes möglich gewesen wäre, aus dem Landesprogramm entsprechende Mittel abzufordern.

Herr Meyer wisse, dass u. a. in Poley ein Programm gelaufen sei und auch von Könnern, die in Gerlebogk etwas gemacht haben. Dort hätte man es versucht und in bestimmten Bereichen auch Geld bekommen.

Als nächstes bittet Herr Kammholz **Herrn Weilbeer** zu Wort.

- **Herr Weilbeer** fragt nach, wie das mit dem Regenwasser sei. Alle hätten einen Brief bekommen, sie sollen Wasser über Jahre nachträglich bezahlen.

Herr Kammholz könne dazu keine Auskunft geben. Er hätte davon nichts gehört, dass Briefe herausgegangen seien.

Ob das für die Unterhaltungsmaßnahmen vom Unterhaltungsverband sei, möchte Herr Meyer wissen. Nein, das wäre für das Regenwasser, wird einhellig erwidert.

- Er sehe nicht ein, dass er etwas zahlen solle, wenn er nichts einleite, sagt **Herr Weilbeer**.

Herr Weilbeer leite es auf die Straße und damit würde es in die Straßenentwässerung gehen, erwidert Herr Kammholz.

Herrn Müller wird das Wort erteilt. Er teilt mit, er könne das aufklären, denn er hätte den Brief ein Jahr eher bekommen. Das Regenwasser, das auf alle Grundstücke falle, müsse irgendwo hin. Es versickere da, wo es hinfällt. Irgendwann sickere es z. B. in die Saale. Jetzt würden Kosten entstehen; dafür würden jetzt alle zur Rechenschaft gezogen und nächstes Jahre würde es noch mehr werden, denn es gäbe zwei Arten von Gräben - die 1. Ordnung und die 2. Ordnung und eins käme dieses Jahr noch dazu.

Dass es ausdrücklich das Regenwasser sei und die letzten Briefe vom WZV gekommen seien, merkt Herr Meyer an. Frau Mittelstraß korrigiert, dass es Niederschlagswasser heißt.

Fraglich wäre wirklich, wann die Stadt die alten Leitungen dem Verband übertragen habe, so Herr Müller. Seines Wissens nach sind die alten Bürgermeisterkanäle nie in das Eigentum des WZV gegangen. Werner Schulze hätte sie damals ausdrücklich nicht übernommen.

Wie sieht die Kalkulation für diejenigen aus, die dort Wasser einleiten. Das könne nicht die gleiche sein, wie bei jemandem, der in Bernburg Regenwasser einleitet mit einem Kanal vor der Haustür, sagt Herr Rossa.

Man müsse unterscheiden zwischen Regenwasserkanälen auf dem Land und den Mischwasserkanälen in der Stadt und man habe getrennte Systeme nach Abwasser und Regenwasser. Die Regenwassergebühr sei für die Unterhaltung der Kanäle bis zur Einleitstelle gedacht, und nicht dafür, dass der Regen fällt.

Herr Meyer konkretisiert, dass die Regenwassergebühr, die von Herrn Weilbeer angesprochen wird, davon abhängig sei, dass der Kanal auch tatsächlich genutzt würde. Und wenn nicht, müsse er ihn nicht bezahlen. Daher vermutet Herr Meyer, dass das doch vom Unterhaltungsverband sei, der seit 2010 eine neue Kalkulation gehabt hat. Früher hätten die Kommunen das über die Grundsteuer gezahlt und nach der neuen Kalkulation müssten sie Einzelbescheide verschicken an die Bürger.

- **Herr Weilbeer** fügt hinzu, dass die Sache die sei, dass der Brief an seine Mutter geschickt wurde und sie sei schon 10 Jahre tot.

Herr Kammholz würde sich erkundigen, wem die alten Kanäle gehören. Er sei morgen in Bernburg und sie müssten es ja wissen. Frau Mittelstraß fügt hinzu, dass der WZV nicht für 5 Jahre rückwirkend Geld von den Bürgern verlangen könne für etwas, was der Stadt gehört.

- **Frau Hahne** spricht dazwischen, dass aber auch Wasser berechnet würde, was nicht in einen Kanal geleitet würde, sondern auf den Hof regnet und wenn es dort abschüssig sei, etwas auf die Straße laufe. Das hätte ja gar nichts mit der Leitung zu tun, da sie nichts einleite.

Es müsse erst einmal geklärt werden, wer die Rechnung erstellt habe, ist man sich einig.

Herr Meyer fasst zusammen, das eine sei die Gebühr, welche von der tatsächlichen Nutzung abhängig ist. Dann müsse man schauen, für welche Kalkulation sie zuständig ist. Das andere sei der sogenannte Flächenbeitrag, den die Grundstückseigentümer für Unterhaltungsmaßnahmen Gewässer 2. Ordnung bezahlen müssen. Das müsse die Stadt seit 2010. Seit 2010 gäbe es diese neue Variante mit der Kalkulation Flächenbeiträge und Personenbeiträge. Und da müssen Grundstückseigentümer für ihre Fläche bezahlen und das sei völlig unabhängig davon, ob deren Grundstücke z. B. an einen Graben angrenzen etc. Dafür würde man zur Zahlung mit dem Beitrag herangezogen.

- Also sei er verpflichtet, das nachzubezahlen, hinterfragt **Herr Schnitzer**. Er hätte auch einen Brief bekommen, dass er 5 oder 6 Jahre nachzahlen müsse.

Herr Meyer sei diesbezüglich im Zweifel, was das sei, wofür die Nachforderungen verlangt werden.

- **Herr Schnitzer** möchte bei der nächsten großen Versammlung hier am Tisch ein paar wichtige Politiker von Bernburg dabei haben. Denn, was hier gemacht würde, hätte mit Demokratie nichts zu tun.

Frau Dr. Ristow verweist auf die anwesenden Politiker, die Mitglieder des Ortschaftsrates Preußnitz.

- Darauf erwidert **Frau Hartmann**, dass diese ja gegen die Bürger seien; das hätte man das letzte Mal gesehen, wo die Versammlung war. Nicht alle, schränkt sie ihre Aussage ein.

Daraufhin geht Herr Meyer auf den Hinweis von Frau Dr. Ristow ein; wer die Ratsmitglieder frage und außerdem hätten sie eine Vorlage bekommen, die 1. zu spät gekommen sei und 2. hinten und vorne nicht stimmen würde. Dies sei ihr Ressort. Darüber könne man im nächsten Punkt zu sprechen kommen.

- **Frau Hartmann** ergreift das Wort und erwähnt die Aussage von Herrn Dittrich. Dann hätte man Pech gehabt, wenn man den Fußweg schon gemacht hätte. So ginge man nicht mit den Bürgern um, sagt Frau Hartmann. Oder die Aussage von Frau Schmidt-Richter, dass man sein Haus verkaufen müsse, wenn man das nicht bezahlen könne. Das seien doch Antworten, die man dem Bürger nicht einfach so ins Gesicht zu schleudert.
- Zu Fischer, Dieter hätte man gesagt, dass er selber schuld sei, warum hätte er dort hin gebaut.

Herr Rullert fragt in Bezug auf die Bescheide nach, ob die Bürger schon einmal Kontakt mit dem WZV aufgenommen hätten. Seines Erachtens nach ginge es da nur um versiegelte Flächen. Und wenn das schadlos auf dem eigenen Gelände abgeleitet würde, ohne die Kanäle in Anspruch zu nehmen, bräuchte man nichts zu bezahlen.

- **Herr Weilbeer** sagt aus, dass nichts da sei. Und die eine Leitung, die in die alte Leitung hineingeht, hätten sie damals selber gebaut. Und wenn der WZV diese jetzt übernommen hat, dann könne er aber nicht über Jahre nachbezahlen müssen. Im Jahr 2016 wäre die Leitung erst einmal gespült worden, denn da hinge ja der Dorfteich und alles dran.

Herr Kammholz würde mit Herrn Bock vom WZV sprechen und ihm die ganzen Fragen, die heute von den Leauer Einwohnern gestellt worden sind, vorstellen und dann könne er ihnen Bescheid sagen, was dabei herausgekommen sei.

- **Herr Dietrich** sagt, dass er seinen Abfluss selber gebaut habe, der in das Dorf hinein geht. Und jetzt würde gesagt, er ist marode. So oft und stark es auch geregnet hätte, aus dem Gulli sei oben nie Wasser heraus gekommen.

Herr Kammholz erwidert, dass dies die alte Leitung sei, die in die Bebitzer Straße geht.

- Jetzt solle er 3 Jahre nachbezahlen, obwohl die Wasserwirtschaft nichts gemacht hätte, so **Herr Dietrich**.

Das seien die alten "Bürgermeisterkanäle", so Herr Kammholz. Darum kümmere er sich.

Es gibt keine weiteren Fragen der Einwohner.

2. Haushaltsplanansätze 2018 und Finanzplan der Ortschaft Preußlitz Informationsvorlage IV 197/18

Frau Dr. Ristow wird das Wort erteilt. Einleitend führt sie aus, dass die Stadt im letzten Jahr ein neues Haushaltsprogramm angeschafft hätte und dass es bei der technischen Haushaltsplan-Aufstellung ein Problem gäbe.

In dieser Informationsvorlage sind erst einmal die Haushaltsansätze aufgeführt, die bereits geplant seien und für die Ortschaften etwas Besonderes darstellen würden, wo man unter Umständen noch Einfluss nehmen kann.

Dies seien einmal die Verfügungsmittel für den Ortsbürgermeister und die Repräsentationskosten. Sie seien auf Einwohnerbasis bemessen und somit wären die 200 und 300 Euro jedes Jahr vorgesehen. Im Weiteren führt Frau Dr. Ristow die in der Anlage aufgeführten Projekte auf.

Die Hinweise aus der Einwohnerfragestunde zum "Neubau Regenwasserkanal OT Leau" würden auf jeden Fall noch einmal mit dem Fachamt von Herrn Kammholz sowie der Kämmererei ausgewertet werden.

Frau Dr. Ristow trägt noch die Haushaltsmittel zu den anderen Straßenbaumaßnahmen vor.

Der Einwohnerin Frau Hahne wird gestattet, etwas zum Neubau Gehweg Bebitzer Straße zu sagen.

Sie schlägt vor, dass hierzu eine Erhebung/Kosten-Nutzenrechnung gemacht werden könne, denn auf der Seite der Bebitzer Straße, wo der Gehweg gebaut werden soll, laufen in der Woche vielleicht 3 Personen in einer Richtung entlang. Meistens wird dieser Weg nur von Lkw's benutzt, wenn sich in der Straße 2 Lkw's begegnen.

Was genau gemacht wird, müsse man erst noch abwarten, antwortet Herr Kammholz.

Daraufhin sagt Frau Mittelstraß, dass der Ortschaftsrat Preußnitz mehrheitlich beschlossen hätte, dass er ein Prioritätenkonzept über den Ist-Zustand aller Gehwege in allen 3 Ortsteilen haben möchte. In der Stadt würden Parkgebühren, Grundsteuern, Kita-Gebühren erhöht, weil das Geld gebraucht wird. Hier aber würde Geld an Stellen ausgegeben, ohne die Notwendigkeit zu prüfen.

Frau Mittelstraß weist auf die Diskussion letztes Jahr in Leau hin, dass die Gehwege in der Form von den Bürgern gar nicht gewünscht sind, dass teilweise Ausbauten geplant sind, die doppelt sind und dass ein Weg als Gehweg gebaut werden sollte, der viel zu schmal sei und mit diesem Lichtmasten, der nie genutzt werden könne etc. Sie fasst zusammen, dass sich der Ortschaftsrat einheitlich dafür ausgesprochen hätte, einen Plan zu machen und auf Basis dieses Planes erst einmal zu sehen, was notwendig sei, wie die Prioritäten gesetzt werden und wie das knappe Geld der Stadtkasse am sinnvollsten eingesetzt werden kann. Es sind nun aber genau die benannten Maßnahmen auf der Liste, die noch einmal auf den Prüfstand gestellt werden sollten nach Notwendigkeit und nach Kosteneffizienz, so Frau Mittelstraß. Sie findet es nicht gut, dass dort steht "**... nach Maßn. WZV ...**" (Neubau Gehweg Bebitzer Straße). Dabei geht sie auf die Treffen mit Herrn Dittrich ein, bei denen von ihm die gemeinsame Maßnahme Stadt/WZV ausgiebig erklärt wurde. Verstehen könne sie es aber immer noch nicht. Sie ist der Meinung, wenn der WZV schachtet, möge er es entweder wieder so herstellen, wie es war oder die letzten 20 cm, die er spart, an die Stadt eine Entschädigung zahlen. Sie fände das nicht gut, weil der Bürger am Ende zahlt, auch wenn der WZV und die Stadt dabei sparen. Ihr Eindruck und auch der einiger Bürger sei, dass – nur weil der WZV schachtet und es nicht wieder so herrichten will, wie es ist – die Stadt noch einen Gehweg baut. Dieser Eindruck hätte sich auch nach mehrstündigen Gesprächen mit Herrn Dittrich und Frau Schmidt-Richter nicht entkräften lassen.

Der Einwurf von Herrn Schnitzer (Einwohner) in die Diskussion, dass die 5 Anwohner, die in der Bebitzer Straße wohnen, sich die rd. 85.000 Euro teilen könnten, wird von Frau Dr. Ristow verneint. Frau Mittelstraß möchte hierzu wissen, ob die Anwohnerbeiträge hier schon gegengerechnet wurden. Dies wird von Frau Dr. Ristow auch verneint und mitgeteilt, dass es die Gesamtbausumme sei. Die Feststellung von Frau Mittelstraß, dass somit die Anwohner 25 % von der Summe und die Stadt 75 % zahlen, weil es eine Landesstraße ist, kann nicht ganz beurteilt werden, weil der Prozentsatz zur Sitzung nicht bestätigt werden kann.

Es wird noch einmal auf die Maßnahme des WZV eingegangen und die Ausführungen aus den Gesprächen mit Herrn Dittrich über den geplanten Gehweg vorgetragen. Letztendlich sind sich alle einig, dass es keinen Sinn macht, wenn ein Weg gebaut würde, den niemand braucht. Das Bauprogramm würde ja noch vorgestellt und beraten, fasst Frau Dr. Ristow zusammen.

Herr Kammholz würde morgen bei der Stadtverwaltung, Herrn Dittrich, vorsprechen und um eine detaillierte Aufstellung für den Ortschaftsrat bitten, was überhaupt gebaut werden soll und wie das überhaupt vorangetrieben würde.

Hierauf erinnert Frau Mittelstraß daran, dass die Stadt nach diesem Beschluss ein halbes Jahr Zeit gehabt hätte und der Prioritätenplan müsste ja somit bei der nächsten Sitzung auf der Tagesordnung sein – der Ist-Zustand der Straßen.

Von Herrn Kammholz wird zusammengefasst, dass das wahrscheinlich erst einmal Summen seien, die eingestellt sind für Leau, was geplant sei. Ob das so mit der Bebitzer Straße zum Tragen käme, würde man auch noch nicht wissen. Dass man sich schon im letzten Jahr einig gewesen sei, diesen Weg erst einmal beiseite zu schieben, weil dort wirklich keiner lang geht, informiert Herr Kammholz. Alle würden auf der anderen Straßenseite lang gehen am Kindergarten.

Frau Mittelstraß sagt, die Frage ist, was hier vorgesehen sei, entscheidet der Ortschaftsrat. Der Stadtrat würde entscheiden, berichtigt Frau Dr. Ristow. Aber dass der Ortschaftsrat dem Stadtrat eine Empfehlung geben dürfe, entgegnet Frau Mittelstraß. Das ist richtig, bestätigen Herr Kammholz und Frau Dr. Ristow.

Dass für das, was die Basis möchte, was der Ortschaftsrat für sinnvoll hält und empfiehlt weder der Umwelt- und Planungsausschuss, noch der Bau- und Sanierungsausschuss, noch der Stadtrat in irgendeiner Art und Weise motiviert seien, sich gegen den Willen des Ortschaftsrates zu stellen, informiert Frau Mittelstraß. Das hätten im letzten Jahr sehr viele Stadträte aus verschiedenen Fraktionen in Gesprächen signalisiert. Der Stadtrat versuche das, was der Ortschaftsrat wünsche, umzusetzen. Dass Gelder zum Fenster hinaus geworfen werden, würde der Stadtrat nicht gut heißen.

So wie es dargestellt sei, ist das auch so, bestätigt Frau Dr. Ristow. Jedoch müsse aber auch berücksichtigt werden, wenn ein anderer etwas baut – wenn der Wasserzweckverband in eine Straße geht - dann mache es im Regelfall Sinn, zu sehen, ob man diese Straße im nächsten Finanzplan-Zeitraum vorhabe. Ansonsten müsse man dann, wenn es z. B. drei Jahre später wieder aufgerissen würde, was gerade jemand zugemacht hat, für die Gesamtkosten aufkommen. Dann hätte keiner etwas davon. Da müsse man sich schon abstimmen.

Frau Dr. Ristow stimmt dem zu, dass der Stadtrat fast zu 100 % den Voten der Ortschaftsräte gefolgt sei. Trotzdem müsse man an der Stelle auch noch sehen, ob es irgendwelche Sicherheitsaspekte gibt. Dann könne der Stadtrat nicht zustimmen.

Frau Dr. Ristow geht auf die Aussage ein, die gemacht worden sei, dass man dann sein Haus verkaufen müsse, wenn man das nicht zahlen kann. Das müsse natürlich keiner. Dazu gibt es letztendlich in der Straßenausbaubeitragsordnung und in der Erschließungsbeitragssatzung Regelungen, wie dann verfahren werden muss sowie Finanzierungsverfahren, wenn das dann so wäre. Das hätte tatsächlich keiner so vor und beabsichtigt und auch nicht so gemeint.

Von Frau Hartmann, Einwohnerin, wird noch die Frage eingeworfen, ob das schon geklärt sei, was das für eine Straße sei – die Straße "Am Lindenplatz". Ob das eine Durchgangsstraße sei – eine Anliegerstraße sei das auf keinen Fall. Das würde spätestens zur Einwohnerversammlung noch einmal dargelegt werden, antwortet Frau Dr. Ristow. Es wird darüber diskutiert, dass das vorher geklärt sein müsse, weil das bei der Kalkulation der Mittel eine Rolle spielen würde. Und dass es drei Kategorien in der Satzung gäbe, spricht Frau Mittelstraß an; 25, 50 und 75 für Gehwege und die höchste Stufe Landesstraße sei in Leau zumindest in dem Teil, der besprochen ist, nicht, sagt Frau Mittelstraß. Des Weiteren gäbe es die reine Anliegerstraße und die Kategorie Straße mit erhöhtem innerörtlichem Verkehr.

Die Leauer seien sich einig, dass die Straße durch Leau Richtung Preußnitz eine Straße mit erhöhtem innerörtlichem Verkehr ist. Die Fahrzeuge, welche hier durchfahren, seien keine Leauer, keine Anlieger, wenn man sich die Kennzeichen und die Fahrer ansehe. Zuletzt sei diese Straße als reine Anliegerstraße eingruppiert gewesen, dort wo der Bürger am meisten zahlen müsse. Darüber sei im Rat gesprochen worden und das gezählt werden solle. Das sei ja für die Kalkulation im Gesamthaushalt wichtig, weil die Stadt wissen müsse, wieviel sie das refinanziert bekommt.

Herr Kammholz bestätigt auch, dass diese Straße von Privaten aus Aschersleben, Köthen und Mansfelder Land benutzt würde und gar nicht viel Einheimische dort langfahren würden. Frau Mittelstraß wünscht sich die Protokollierung, dass er das auch so sieht. Es handelt sich um den Bauabschnitt "Am Lindenplatz" hoch "Am Friedhof".

Herrn Meyer wird das Wort erteilt. Er bringt seinen Unmut darüber zum Ausdruck, dass die Ratsmitglieder zu diesem Tagesordnungspunkt den Plan nicht mit der Einladung bekamen, sondern nachgereicht wurde; ebenfalls, dass der Haushaltsplan noch gar nicht fertig sei, der dem Ortsbürgermeister übergeben werden sollte. Den Haushaltsplan hätte Herr Meyer gerne eingesehen. Wie solle er einschätzen, was die Stadt unternimmt, um den ländlichen Raum zu stärken. Das könne er nicht beurteilen, wenn er dieses reine Zahlenwerk, was nicht einmal richtig sei, zur Kenntnis nimmt. Herr Meyer kritisiert außerdem den Vordruck der Informationsvorlage hinsichtlich des zu erfassenden Abstimmungsergebnisses.

Weiterhin stelle er fest, dass der Ortschaftsrat alle Investitionsmaßnahmen, die in der Anlage zur Informationsvorlage aufgeschlüsselt sind, im vorigen Jahr schon gehabt und abgelehnt habe mit der Maßgabe, dass sie überarbeitet werden und der Ortschaftsrat ein Ergebnis mitgeteilt bekommt über die Sinnhaftigkeit deren Realisierung. Herr Meyer sagt in Bezug auf den Regenwasserkanal, der vom WZV gebaut werden soll, dass kein Mensch wisse, ob er überhaupt gebraucht wird. Niemand hätte untersucht, ob er denn gebraucht wird oder nicht. Es sei angesprochen worden, dass der Dorfteich kein Wasser mehr bekommt usw. Das würde alles keine Rolle spielen, auch was der Ortschaftsrat berate, würde keinen interessieren – das ginge so nicht. Von Herrn Meyer wird angemerkt, dass hier Ausgaben stünden und keine Einnahmen vermerkt seien. Das hieße also, es sind offensichtlich keine beitragspflichtigen Maßnahmen. Das erwecke den Eindruck, dass nichts bezahlt werden müsse. Dem sei aber nicht so, denn die Stadt sei verpflichtet, Beiträge zu erheben, wenn sie einen grundhaften Ausbau durchführt. Das sei gelogen und falsch, das hätte nicht mit Computertechnik und Software zu tun, sondern mit der Qualität der Zuarbeit. Er mahnt hier zwei Haushaltsgrundsätze an - den Wahrheitsgrundsatz und den Klarheitsgrundsatz und hinterfragt, was denn hier wahr und klar sei. Frau Dr. Ristow möge hierzu noch etwas sagen. Ansonsten ginge das so nicht und so lasse man nicht mit sich umgehen. Zu der von Frau Mittelstraß genannten Prioritätenliste hätte man dem Ortsbürgermeister eine Zwischenantwort geben können, dass es noch dauert; auch das sei nicht passiert. Weiterhin führt Herr Meyer auf, dass der Stadtrat nicht tagen könne, wenn der Haushaltsplan noch nicht fertig gestellt ist und fragt sich, warum der Ortschaftsrat heute darüber beraten soll. Es hätte auch zwei, drei Wochen später sein können und dann hätte die Verwaltung dem Ortschaftsrat vielleicht eine vernünftige Vorlage geben können. Er nehme diese Informationsvorlage mit äußerster Ablehnung zur Kenntnis.

Frau Mittelstraß schließt sich den Ausführungen von Herrn Meyer an. Sie sagt, dass sie sich die Vorlage des Jahres 2017 angesehen hätte und dort ebenfalls keine Einnahmen verzeichnet seien; Einnahmen wie z. B. Kita, Friedhof, Schulen, Spielplätze – alles was die Ortschaft Preußnitz betrifft. Hinsichtlich Kita sei die Einrichtung in Preußnitz in den Erhaltungskosten eine der teuersten, hätte sie im Jugend- und Sozialausschuss erfahren.

Dies würde sie gerne einmal im Rat hören und über die Frage des Warum sprechen, denn falls z. B. - durch Sparmaßnahmen die Schließung der Kita droht – könne man gar nichts mehr machen. Deshalb seien jetzt vollständige Zahlen wichtig, um das reflektieren zu können und die Gründe zu suchen. Zur Sanierung Gedenkstätte waren in 2017 Kosten in Höhe von 14.000 Euro eingeplant. Diese sei aber gar nicht fertig, sagt Frau Mittelstraß, aber die Summe taucht in 2018 nicht mehr auf. Weil es dann ein Haushaltsausgaberest sei, antwortet Frau Dr. Ristow. In Bezug auf die Verfügungs- und Repräsentationsmittel werden von Herrn Kammholz die Verwendungen aufgeführt: Seniorenweihnachtsfeier, Repräsentationen: Präsente für Geburtstage, Silberhochzeiten, Goldene Hochzeiten. Das wollte Frau Mittelstraß wissen. Es wird eine Aufrechnung gefordert, damit die Ratsmitglieder erkennen können, für was diese Mittel abgerufen wurden. Das fordere der Ortschaftsrat schon seit 3 Jahren, erinnert Herr Meyer, und das stünde auch 2018 nicht mit drin.

Von Herr Rullert werden auf Nachfrage die Aufwendungen benannt für die 200 Euro (Öffentlichkeitsarbeit OF Preußnitz), welche für die Jugendarbeit aufgewendet würden und die 400 Euro (Öffentlichkeitsarbeit OF Preußnitz) würden für den Tag der offenen Tür, Urkunden, Blumensträuße, Auszeichnungen für langjährige Mitgliedschaft etc. aufgewendet. Frau Mittelstraß meint, dass es sinnvoll wäre, wenn die Feuerwehr die Abrechnungen, die sie der Stadt schickt, dem Ortschaftsrat dran hängt. Frau Dr. Ristow hat sich diese Anregungen notiert und wird sich Gedanken machen, wie der Ortschaftsrat über den Mitteleinsatz informiert wird, sicherlich jedoch nicht durch Weiterreichung der Belege.

Für das Sportlerheim hätte der Sportverein schon die 25.000 Euro bekommen und daher braucht das Geld nicht in 2018 erscheinen, bestätigt Frau Dr. Ristow auf Anfrage von Frau Mittelstraß. Herr Meyer möchte wissen, ob die Stadt über einen weiteren Zuschuss nachdenke, was von Frau Dr. Ristow verneint wird.

Ob es für die Gemeindearbeiter Sachmittel für Kleinstreparaturen, Farbe, Schrauben etc. gäbe, hinterfragt Frau Mittelstraß. Herr Kammholz antwortet, dass es zurzeit keinen Gemeindearbeiter gibt. Das liefe alles über den Betriebshof. 1-Euro-Jobber hätte Preußnitz zurzeit nicht und bekäme zukünftig auch keinen mehr. Frau Dr. Ristow korrigiert: MAE-Maßnahme.

Sie informiert weiterhin darüber, dass der Betriebshof einen Reinigungsplan für die gesamten Liegenschaften der Stadt und auch für die Ortschaften habe. Die Sachmittel würden aus dem Materialpool des Betriebshofes genommen.

Es gibt keine weiteren Anfragen.

3. Mitteilungen, Beantwortung von Anfragen, Anregungen

Bei der Villa "Am Denkmal" wäre wieder mehr Belebung und es sei ein zentraler Platz geworden, so Frau Mittelstraß. Sie regt an, dass der Parkplatz von Laub und Unkraut durch den Betriebshof bereinigt sollte.

Der Leauer Dorfplatz wird in diesem Zusammenhang noch mit eingeworfen. Lange vor Saisonende sei dort nicht mehr gemäht oder Laub entfernt worden. Dem widerspricht Herr Kammholz. Dass die Laubsäcke immer geholt würden und geräumt würde auch, sagt er. Der Betriebshof käme zwar nicht alle 8 Tage, aber Leau und Plömnitz hätte er immer im Griff und in Preußnitz wären die 1-Euro-Jobber tätig gewesen.

Dass in Leau nichts gemacht würde, kann Herr Kammholz nicht bestätigen. Der Betriebshof komme auch mähen, säubern und Laubsäcke würden abgefahren. Diese müssten natürlich auch raus gestellt werden, wenn die Abfuhr ist und nicht an irgendwelchen Tagen, an denen sie dann dort stehen würden. Unter der Kastanie bei Herrn Weilbeer würde noch nicht ein einziges Blatt entfernt worden sein und am Dorfteich würde seit Wochen ein Laubsack stehen, sagt Frau Mittelstraß.

Die Einwohnerin Frau Hahne wirft ein, dass es gut wäre, wenn die Leauer Einwohner einen Plan bekämen, wann der Betriebshof in Leau kehrt. Sie könne sich nicht vorstellen, dass sie es tun, da im Juni/Juli noch der Splitt vom Winter auf dem Fußweg vor dem Friedhof liegt und die Gosse vor dem Friedhof nicht gekehrt ist. Eventuell sei ja auch das Friedhofsamt zuständig. Vielleicht könne das geklärt werden.

Herrn Meyer wird das Wort erteilt. Er hätte vor einiger Zeit wegen der Zufahrtstraßen zur Stadt Bernburg nachgefragt und darum gebeten, dass sich die Stadt an das Landesstraßenbauamt wendet und die Rückantwort dem Ortschaftsrat zur Kenntnis gegeben wird. Seine Frage: Hat man sich schon an das Landesstraßenbauamt gewendet und wenn, wie sieht die Antwort aus.

Bei der nächsten Sitzung hätte er gerne eine Information dazu gehabt.

Dazu antwortet Herr Kammholz, dass er Herrn Meyer bzw. dem Ortschaftsrat in einer der vorhergehenden Sitzungen bereits mitgeteilt habe, dass er sich an die Straßenmeisterei Plötzkau gewandt hat. Von dort habe er die Antwort bekommen, dass es im Plan sei, aber wann, wisse man nicht.

Dann solle jemand zum Ortschaftsrat eingeladen werden, um den Mitgliedern zu sagen, wie lange man noch über die holprigen Straßen fahren soll, indes woanders zum 3. oder 4. Mal die Straßen ausgebaut worden sind. Es wurde um Rückantwort gebeten und dann soll es auch gemacht werden.

Frau Brauns wird das Wort erteilt. Am Plömnitzer Denkmal würde eine 10 cm hohe Laubschicht liegen, sagt sie. Es sei weder im Herbst noch zum jetzigen Zeitpunkt etwas passiert. Nach dem Sturm seien noch entsprechende Äste dazu gekommen. Der Betriebshof könnte sich darum auch mal bemühen. Es sei auch eine Frage der Verkehrssicherungspflicht, fügt Herr Meyer hinzu. Das dieser nicht nachgekommen würde, sei genau so eine Geschichte.

Von Herrn Rullert wird nachgefragt, wie es sich hinsichtlich der Anfrage mit Beschluss des Ortschaftsrates an das Friedhofsamt aus einer vergangenen Sitzung verhält, in der es um die Einzelurnenwahlstellen ging, so wie es sie in Bernburg auf dem Friedhof II gibt. Er hätte noch keine Antwort erhalten.

Es hätte wohl eine Antwort gegeben, welche jedoch nicht konkret darauf abgezielt war, weil sie falsch übergekommen sei, entgegen Herr Kammholz und Frau Dr. Ristow.

Dieses Thema wurde in der Dezernentenrunde besprochen, informiert Frau Dr. Ristow. In der Anfrage ging es um Wiesengräber, so hätte Frau Haase es verstanden. Und diese Gräber sollen tatsächlich nicht auf jedem Friedhof eingerichtet werden.

Es wird noch einmal konkretisiert, dass es eigentlich um diese Gräber mit einer kleinen Tafel – einer Urnenwahlstelle – ginge. Dieser Wunsch sei schon mehrfach herangetragen worden. Die Leute wollen nicht extra nach Bernburg fahren müssen. Herr Rullert fordert das gleiche Recht für alle Friedhöfe in Bernburg.

Herr Kammholz spricht mit Frau Marquardt. Sie ist jetzt zuständig. Es ginge ihm auch um die Stelen in Preußnitz auf der grünen Wiese, dass diese fertig gestellt würden; in Plömnitz und Preußnitz sind sie bereits fertig.

Herr Weilbeer, Einwohner von Leau, darf eine weitere Mitteilung an den Ortschaftsrat geben. Er teilt mit, dass in Leau riesengroße Pappeln stünden, unter denen ein Gas-Tank geht. Dies sei ein "Pulverfass". Ein Bürger hätte deshalb auch schon bei Frau Weber angerufen. Es sei aber noch niemand da gewesen.

Des Weiteren beschwert er sich über Folgendes: Bei der Kastanie, die an der Leauer Wartehalle weg gemacht werden sollte, weil sie bei ihm ins Haus wachsen würde, hätte man nur 3 m² Pflaster herausgenommen, die Wurzeln am Hause abgehackt und hätten einfach Schotter hinein gemacht und nicht gepflastert.

Herr Kammholz informiert, dass er mit Frau Weber in Preußnitz und Leau die Bäume angesehen hat. Sie hätte ihm versprochen, dass es Zeit bis Ende Februar hätte. Dann würden sämtliche Bäume ausgeästet, die angesehen wurden.

Frau Dr. Ristow nimmt die Anregungen für die Informationsvorlage mit. Man will sehen, ob man sie nächstes Jahr anders machen wird. Dass der Ortschaftsrat das vielleicht erwarte, entgegnet Herr Meyer und bittet darum, die Informationsvorlage so zu machen, wie sie erbeten wurde.

Frau Dr. Ristow glaubt, diese Anregungen zum ersten Mal gehört zu haben. Dann seien sie nicht aufgeschrieben worden, dass diese nicht zu ihr gelangt sind, wendet Herr Meyer ein. Was er auch immer moniert hätte, dass die Protokolle nicht stimmen; und er hätte diesen auch nie zugestimmt.

Frau Mittelstraß fragt, ob der Ortschaftsrat solche relevanten Dinge, wie dies mit dem Kindergarten, nachgereicht bekommen könnte.

Frau Dr. Ristow könne das auch erklären, woran es liegt. Da es ein Kleinstkindergarten sei, so Frau Dr. Ristow, der Öffnungszeiten von früh bis spät hätte, komme er schon allein von den Personalkosten her nicht hin. Sie seien der Hauptknackpunkt, weil sie wegen des Betreuungsschlüssels ja auch in den Anfangs- und Endzeiten dann im Verhältnis ganz zum Schluss von 1:1 haben. Das hätte man in größeren Einrichtungen auch, aber da würde sich das besser verteilen. Frau Dr. Ristow notiert sich, dass der Ortschaftsrat die Kita in Einzelergebnissen bekommt.

Von Frau Hahne, Einwohnerin, wird noch eine Frage eingeworfen, ob sich wegen der Unterschriftenaktion des Kindergartens betreffs Einrichtung einer 30-er Zone etwas getan hätte. Zu der Frage kann keine Antwort gegeben werden. Herr Kammholz möchte mit den Erzieherinnen sprechen. Herr Meyer sagt, dass zu 80 % im Bereich der Kindereinrichtungen eine 30-er Zone sei.

Frau Mittelstraß möchte das gern aufnehmen und den Antrag stellen:

Beschluss:

"Der Ortschaftsrat Preußnitz beantragt vor der Kindertagesstätte in Leau eine 30-er Zone einzurichten zur Erhöhung der Sicherheit der Kinder."

Der Ortsbürgermeister Herr Kammholz bittet die Ortschaftsratsmitglieder um das Handzeichen.

Abstimmungsergebnis:

Mitglieder: 8

davon anwesend: 6

6 Ja-Stimmen

Der öffentliche Teil der Sitzung wird von Herrn Kammholz geschlossen und die Leauer Einwohner verabschiedet.

Gerd Kammholz
Ortsbürgermeister

Rosemarie Grap
Protokollführer